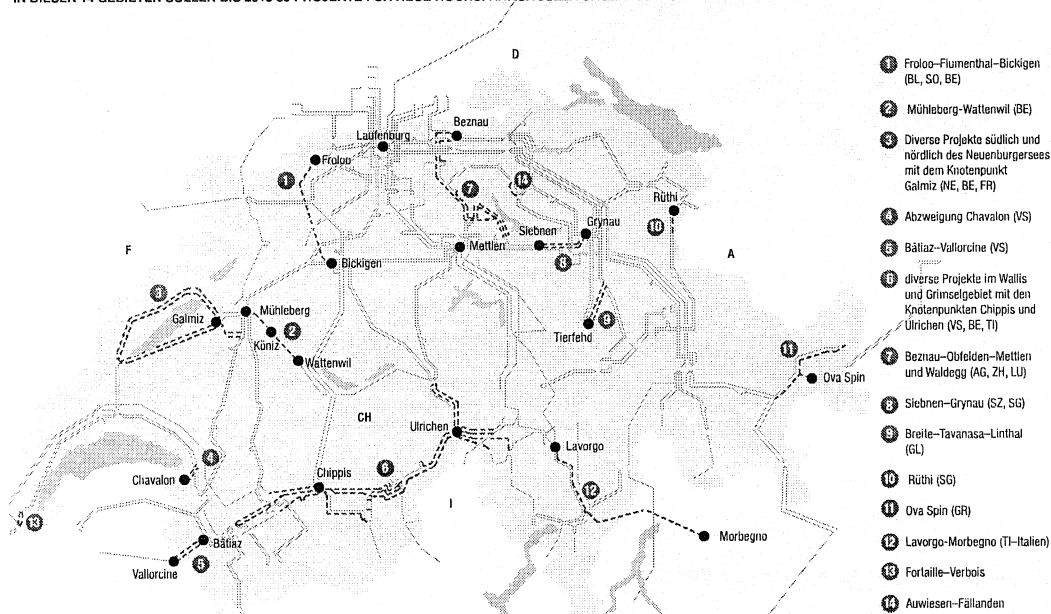


Neue Stromleitungen sorgen für Spannung

Unter Zeitdruck werden neue Hochspannungsleitungen geplant – die Absicht der Stromkonzerne stösst auf Kritik

IN DIESEN 14 GEBIETEN SOLLEN BIS 2015 39 PROJEKTE FÜR NEUE HOCHSPANNUNGSLEITUNGEN REALISIERT WERDEN



Leitung ab Frolooo wird neu gebaut

VERSORGUNGSSICHER. Zum Ausbauprogramm gehört auch die Strecke zwischen dem Unterwerk Frolooo (Therwil, BL) und der Schaltstelle im solothurnischen Flumenthal. Bereits erstellt ist laut dem Stromkonzern Atel der Abschnitt von Flumenthal zum Strom-Knotenpunkt Bickigen (BE). Die ganze Leitung gehört den Industriellen Werken Basel (IWB), wird aber von der Atel ausgebaut. Laut IWB ist man sich mit der Atel über den Sinn des Projektes einig; die Modalitäten und die Finanzierung müssen jetzt noch ausgehandelt werden. Vom Unterwerk Frolooo werden die Stadt Basel und die umliegenden Gemeinden mit Strom versorgt. Zu seiner Absicherung soll es noch stärker an das Schweizer Stromnetz angebunden werden, was einen Ausbau der Linie auf 220 Kilovolt nötig macht. Dies war von Heinrich Zimmermann von der Atel Netz AG zu erfahren. Die Leitung führt vom Frolooo über den Blauen via Brislach, Erschwil, Passwang an die Aare. Laut Zimmermann müssen für den Ausbau aber teilweise neue Trassen gefunden werden. Gemäss Erfahrung der Atel gibt es beim Ausbau von bestehenden Strecken gleich viele Einsparungen wie auf Neubautrecken. wa

Neue Leitungen. Eine stark vereinfachte Übersicht der Neu- und Ausbauprojekte des Stromnetzes: Widerstand gibt es vor allem in der Westschweiz. Grafik: BFE/Rebecca Hees, lva

CHRISTOF WAMISTER

Unter Aufsicht des Bundes will die Elektrizitätswirtschaft ihr Leitungsnetz absichern und ausbauen. Umweltschützer und betroffene Gemeinden fordern, mehr Leitungen in den Boden zu verlegen.

Bei der «Möblierung» der Landschaft und des Siedlungsraums mit technischem Gerät sind die Übertragungsleitungen und ihre Strommasten quasi die Aldasten. Viele Menschen haben sich so an sie gewöhnt, dass sie sie gar nicht mehr wahrnehmen. Wird indessen der Bau oder Ausbau einer Leitung angekündigt, reagieren die Anwohner sehr sensibel. Und jetzt kündigt sich sogar eine neue Protestwelle an. Grund dafür ist das sogenannte strategische Übertragungsnetz, das bis zum Jahr 2015 ausgebaut und abgesichert werden soll. Ausgearbeitet hat die Arbeitsgruppe Leitungen und Versorgungssicherheit (AG LVS) im Auftrag des Bundesamts für Energie (BFE). Die Versorgungssicherheit sei «angespannt», begründet die AG LVS ihre Forderungen.

STROMPANNEN. Tatsächlich war die Versorgungssicherheit in den letzten Jahren immer wieder Thema, dies im

Zusammenhang mit gravierenden Strompannen im In- und Ausland:

- > Stromausfall vom 28. September 2003 in Italien, ausgelöst durch einen Schaden an einer Zuleitung aus der Schweiz;
- > Stromausfall vom 18. Januar 2005 im Raum Genfersee mit einer halben Million Betroffenen: Nach einem Blitzschlag fällt der einzige 380-Kilovolt-Anschluss aus Frankreich aus, was zur Überlastung des regionalen 220-Kilovolt-Netzes führt;
- > Der SBB-Blackout vom 22. Juni 2005, der allerdings auf Fehler bei der Bahn beim Notfallmanagement zurückzuführen ist.

Um die Versorgungssicherheit zu verbessern, empfiehlt die AG LVS in ihrem Bericht nicht weniger als 67 Aus- und Neubauprojekte bis 2015 zur Ausführung, 28 im separaten Stromnetz der SBB und 39 Projekte im strategischen Netz der Überlandwerke. Beim Bahnnetz soll ein ringförmiges Verbundnetz angestrebt werden. Die Projekte der Elektrizitätswirtschaft sollen bis 2015, «rasch, gesamtheitlich, aber auch umweltgerecht» umgesetzt werden. Der bereits bestehende Sachplan Übertragungsleitungen des Bundes soll durch

die Aufnahme des strategischen Netzes erweitert werden, wofür ein Bundesratsbeschluss notwendig sein wird.

EXPERTENBERICHT. Der deutsche Experte und Universitätsprofessor Hans-Jürgen Haubrich bezeichnet in einem von Bundesrat Moritz Leuenberger angeforderten Gutachten die Annahmen und das Vorgehen grundsätzlich als richtig. Zweifel äussert er allerdings an «sehr kurzfristigen Planungshorizont 2015». Nicht zur Aufgabenstellung des Gutachtens gehörte die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, die Hochspannungsleitungen im Boden zu verlegen, wie das die Umweltverbände und die Gemeindeinitiativen (vgl. Bericht unten) fordern. Die Arbeitsgruppe war in ihrem Bericht zum Schluss gekommen, dass eine allgemein gültige Beurteilung der Erdverlegung nicht möglich sei. Sie müsse von Fall zu Fall beurteilt werden. Die Arbeitsgruppe will jetzt aber bis Ende Jahr einen Kriterienkatalog zur Frage Verkabelung oder Freileitung erstellen, sagte Kommissionspräsident In Michael Merker gegenüber der baz. Anwalt Merker hofft, dass dieser Katalog den Behörden und Gerichten bei Streitfällen von Nutzen sein wird. Denn wenn

sich über eine Leitung keine Einigung erzielen lässt, ist der Instanzenweg lang: vom Bundesamt für Energie über das Bundesverwaltungsgericht bis zum Bundesgericht als letzter Instanz.

Vonseiten der Elektrizitätswirtschaft wird betont, dass es nicht nur die Kosten sind, welche von einer Bevorzugung der Erdverlegung abhalten. Es sei vielmehr die Versorgungssicherheit, welche für die Überlandleitung spreche, sagt Antonio Somavilla von der Bernischen Kraftwerk AG (BKW). Falls sich eine Panne ereignet, lässt sich auf einer Freileitung der Schaden viel rascher eruieren als unter dem Boden, wo die Leitungen mit Schächten erschlossen sein müssen.

INTERESSEN ABWÄGEN. «Es wäre naiv und sinnlos, generell eine Verlegung der Leitungen in den Boden zu verlangen», meint Heim Gläuser, Energiefachmann der Umweltverbände und Mitglied der AG LVS. Aber das Beispiel der städtischen Räume zeige, dass es technisch kein Problem sei, auch Höchstspannungsleitungen im Boden zu führen. In der Schweiz gebe es in den Städten keine Strom-Freileitungen mehr. Grundsätzlich müsse man die verschiedenen Interessen, «die in der Landschaft aufeinan-

derprallen», abwägen und die Zielkonflikte herausarbeiten. Das sei in der Arbeitsgruppe nie ganzheitlich angegangen worden. Die Vertreter der Stromwirtschaft hätten sich immer auf den Standpunkt gestellt: «Lasst uns machen, wir wissen, was das Beste ist.»

Gläuser empfindet die Formulierung «strategisches Übertragungsnetz» als hoch gegriffen; denn wie auch der Experte Haubrich feststellt hat, sei der Zeithorizont zu kurz, und das BFE habe nicht das notwendige Know-how, um die vorgelegten Projekte wirklich zu prüfen. Man habe im Wesentlichen den Bedarfsplan der Elektrizitätswirtschaft übernommen. Grundsätzlich fehle es an Interesse für alternative und innovativere Projekte, die erst noch umweltfreundlicher wären. Gläuser nennt als Beispiel das Projekt durch den Walliser Pfyriwald, Landschaft von nationaler Bedeutung. Keine der studierten Varianten sei tauglich. Dabei wäre es eine grosse Chance, entlang der jetzt projektierten Autobahn Schächte für die Stromleitungen einzubauen. Auch im Mittelland müsste man die grossen «Infrastrukturrisiken» viel stärker auch für Energieleitungen nutzen, statt neue eigene Trassen zu bauen.

Strommasten so hoch wie das Berner Münster

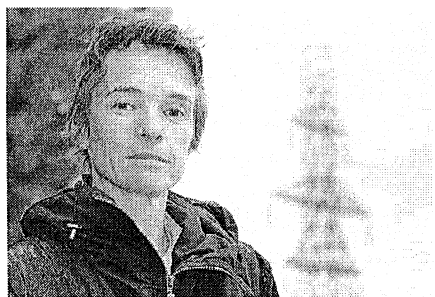
Die Könizer Gemeinderätin Katrin Sedlmayer kämpft dafür, dass Hochspannungsleitungen unterirdisch verlegt werden

BARBARA SPYCHER, Köniz

Zwölf Schweizer Gemeinden haben sich zur IG «Hochspannung unter den Boden» zusammengeschlossen. Sie plädieren für Stromkabel im Boden statt Freileitungen in der Luft – um Mensch und Landschaft zu schützen.

Katrin Sedlmayer zeigt auf den Strommasten, der mitten in der Einfamilienhausssiedlung im bernischen Niederwangen steht: «88 Meter hoch soll er neu werden.» Das wäre fast so hoch wie das Berner Münster, mehr als 50 Meter höher als jetzt. Nur mit dieser Höhe können bei den Häusern am Boden die Grenzwerte für elektromagnetische Strahlen eingehalten werden. Denn statt 132 Kilovolt soll diese Leitung nun 220 Kilovolt Starkstrom transportieren.

Nur wenige Meter neben dem Masten wird ein neues Haus



Einspruch. Katrin Sedlmayer, Gemeinderätin von Köniz. Foto: Mauro Mollino

gebaut. Es ist noch nicht verkauft. Auf einer Tafel steht der Verkaufspreis. Zwar wird der neue Masten etwas weg versetzt, doch Katrin Sedlmayer fragt trotzdem zweifelnd: «Ob das Haus an dieser Lage zu diesem Preis verkauft werden kann?» Sedlmayer ist seit zwei Jahren vollamtliche Gemeinderätin

der 40000 Einwohner grossen Berner Vorortsgemeinde Köniz, zu der auch Niederwangen gehört. Seit Jahren kämpft die Gemeinde mit Einsparungen gegen den geplanten Ausbau der Starkstromleitung zwischen Mühleberg und Wattenwil.

KAMPF GEGEN DIE BKW. Köniz stellt den Bedarf nach mehr Strom in Frage, kritisiert die um durchschnittlich 30 Meter höheren Masten, welche verschiedene als schützenswert taxierte Ortsbilder und eine Landschaft von nationaler Bedeutung beeinträchtigen, sorgt sich um den Schutz der Bevölkerung vor elektromagnetischer Strahlung und um den wirtschaftlichen Wert von Bauzonen.

Der Entscheid des zuständigen Bundesamtes für Energie steht noch aus. Doch Köniz

kämpft gegen einen einflussreichen Stromkonzern, die BKW. Dieser hat kürzlich Unterstützung erhalten durch ein Gutachten aus Deutschland: Dieses bestätigt den «strategischen Bedarf» des Netzausbaus auf diesem Abschnitt.

Für Katrin Sedlmayer kein Grund aufzugeben. «Ich mache Politik, weil ich gerne kämpfe», sagt die 48-jährige Betriebsökonomin und SP-Politikerin. Unter anderem auf ihre Initiative hin haben sich kürzlich zwölf Schweizer Gemeinden zur Interessengemeinschaft «Hochspannung unter den Boden» zusammengeschlossen. Darunter sind viele Berner, aber auch Walliser, Freiburger, Zürcher und Waadtländer Gemeinden. Durch den koordinierten Widerstand erhoffen sie sich mehr Durchschlagskraft im Kampf für unterirdische

Hochspannungsleitungen. Ihr Ziel: Der Schutz von Mensch und Landschaft. Im Ausland werde Starkstrom schon lange unterirdisch transportiert, in der Schweiz ist die erste unterirdische Stromleitung zwischen dem bündnerischen Thuisis und Italien erst in Planung. Die BKW aber lehnen die Verkabelung ab.

WUNSCH NACH INNOVATION. Katrin Sedlmayer denkt bereits laut über eine nationale Initiative für eine Verkabelung der Hochspannungsleitungen in Siedlungs- und landschaftlich sensiblen Gebieten nach. Sie erwartet von der Stromwirtschaft mehr Innovation: «Seit den 60er-Jahren hat eine rasante, technische Entwicklung stattgefunden. Die Hochspannungsleitungen in der Schweiz aber sind immer noch die gleichen.»